

An die Fraktionen im Gemeinderat
der Stadt Freiburg

**Architektenkammer
Baden-Württemberg**
Kammergruppe Freiburg

Sprecherin des
Planungsbeirates
Susanne Preßer
Dipl. Ing.
Freie Architektin BDA

ABMP
Poststraße 2
79098 Freiburg
Tel. 0761 2965578
presser@abmp-architekten.de



25.06.2015

Änderung der Baulandpolitischen Grundsätze

Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben mit knapper Mehrheit die Änderung der baulandpolitischen Grundsätze beschlossen: nun soll bei der Schaffung von Baurechten auf 50% statt bisher 30% der Wohnbaufläche geförderter Miet- beziehungsweise Eigentumswohnungsbau realisiert werden, falls von der vorgesehenen Flächenabtretung von 10% kein Gebrauch gemacht wird.

Uns stellen sich in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

- Lässt sich mit dieser Entscheidung der Bau von Sozialwohnungen fördern oder werden die Rahmenbedingungen soweit verschärft, dass der Wohnungsbau für Bauträger, insbesondere aber auch für Genossenschaften und private Bauherren unwirtschaftlich wird und damit die gesamte Bautätigkeit zum Erliegen kommt?
- Da die zur Verfügung stehenden Bauflächen sehr beschränkt sind, wird mit einem Anheben der Quote auf 50% geförderten Wohnungsbau, vor allem der Anteil von Wohnungsbau im mittleren Segment verringert, da nur der hochpreisige Wohnungsbau zur Querfinanzierung herangezogen werden kann. Gibt die neue Verteilung der Wohnbauflächen mit pauschal 50% sozialem Wohnungsbau in jedem neuen Wohngebiet tatsächlich die von Ihnen gewünschte soziale Durchmischung in den neuen Wohnquartieren wieder?

- Vauban und Rieselfeld sind ein international anerkanntes Erfolgsmodell. Hier konnten insbesondere Familien mit mittlerem Einkommen Eigentumswohnungen oder Stadthäuser realisieren und so am Umzug in die Umlandgemeinden gehindert werden. Schon in Gutleutmatten wird sichtbar, dass sich private Bauherren mittlerer Einkommen mit der Aufgabe Sozialen Wohnungsbau zu errichten schwer tun- dabei beträgt hier die Quote nur 25% und nicht 50%. Wie soll gewährleistet werden, dass Haushalte mit mittleren Einkommen vom Umzug in die Umlandgemeinden abgehalten werden können?

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Preßer
Sprecherin des Planungsbeirates
der Kammergruppe Freiburg



Manfred Sautter
Vorsitzender der
der Kammergruppe

Verteiler
Herr Bürgermeister Prof. Dr. Haag
Badische Zeitung, Lokalredaktion